

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 212

**Die Normenkontrolle
durch den französischen Conseil
Constitutionnel**

Von

Peter Ernst Goose



Duncker & Humblot · Berlin

PETER ERNST GOOSE

**Die Normenkontrolle durch den französischen
Conseil Constitutionnel**

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 212

Die Normenkontrolle durch den französischen Conseil Constitutionnel

Von

Dr. Peter Ernst Goose



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten
© 1973 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1973 bei Buchdruckerei Bruno Lutz, Berlin 65
Printed in Germany
ISBN 3 428 02888 0

Vorwort

Die Arbeit hat im Winter 1971/72 der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bielefeld als Dissertation vorgelegen. Das Schrifttum wurde, soweit möglich, bis Mitte 1972 nachgetragen.

Für die Betreuung der Arbeit und zahlreiche Anregungen danke ich Herrn Professor Dr. Jochen Abr. Frowein.

Peter Ernst Goose

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	17
<i>1. Kapitel</i>	
Geschichte der Kontrolle von Gesetzen in Frankreich; Voraussetzungen für die Gesetzeskontrolle in der V. Republik	20
I. Gründe für das Fehlen einer Gesetzeskontrolle in der französischen Verfassungstradition	20
1. Das Gewaltenteilungsverständnis	20
2. Die Lehre vom Gesetz als Ausdruck der „volonté générale“	21
3. Das Mißtrauen gegenüber zu starken Machtbefugnissen der Richter	23
4. Die Befürchtung, Gesetzeskontrolle werde fortschrittshemmend wirken	24
II. Ansätze zu einer Gesetzeskontrolle	25
1. Der Sénat conservateur des ersten Kaiserreichs	25
2. Der Sénat des zweiten Kaiserreichs	25
3. Das Comité constitutionnel der IV. Republik	26
4. Forderungen nach weitergehender Normenkontrolle	27
III. Die Kontrollfunktionen des Conseil d'Etat	27
1. Die richterliche Kontrolle der Verwaltung	27
2. Die Beratung des Gesetzgebers	28
IV. Neuerungen in der Verfassung der V. Republik, die zur Einführung einer Gesetzeskontrolle geführt haben	30
1. Die Neuordnung des Verhältnisses von Gesetz und Verordnung	30
a) Die Entwicklung des Verhältnisses von Gesetz und Verordnung seit dem 1. Weltkrieg	31
aa) Entwicklungstendenzen am Ende der III. Republik	31
bb) Die Entwicklung in der IV. Republik	33
b) Die Regelung in der Verfassung von 1958	35
aa) Das Prinzip der Zuständigkeitsabgrenzung	35
bb) Zuständigkeitsregelungen außerhalb von Art. 34	36
cc) Der Zuständigkeitskatalog des Art. 34; Kritik	37
α) Die Unterscheidung von „règles“ und „principes fondamentaux“	37
β) Verwirklichung des Prinzips, wonach der Gesetzgeber Materien von grundsätzlicher Bedeutung regelt	38

γ) Probleme der Auslegung einzelner Formulierungen ..	39
δ) Erfahrungen bei der Anwendung von Art. 34	40
e) Schlußfolgerungen	40
2. Die Einführung von lois organiques als besonderer Kategorie von Normen	41
a) Die neue Definition der lois organiques	42
b) Zweck und Konsequenzen der Einführung dieser Gruppe von Normen	44

2. Kapitel

Stellung und Funktion des CC	46
I. Zuständigkeiten	47
1. Die Zuständigkeiten in Normenkontrollverfahren	47
2. Die Zuständigkeiten bei Wahlen und Referenden	47
3. Die Zuständigkeiten in außergewöhnlichen Situationen	48
4. Erweiterung der Zuständigkeiten durch lois organiques?	49
5. Zusammenfassung der Zuständigkeitsbegrenzungen	50
II. Die Zusammensetzung des CC	51
1. Die Bestimmung der Mitglieder	51
a) Die gesetzliche Regelung	51
b) Kritik an den Regeln für die Ernennung der CC-Mitglieder	52
2. Fälle des Ausscheidens aus dem CC	53
3. Die tatsächliche Zusammensetzung des CC	54
a) Die ernannten Mitglieder	54
aa) Parteipolitisches Engagement	54
bb) Fachliche Qualifikation	55
cc) Alter	56
b) Die ehemaligen Präsidenten der Republik	57
III. Die Rechtsstellung der CC-Mitglieder	59
1. Inkompatibilitäten	59
2. Die Pflichten der CC-Mitglieder	60
a) Die Pflicht zur Eidesleistung	60
b) Andere Pflichten	61
c) Gebundenheit der ehemaligen Präsidenten der Republik an diese Pflichten?	62
IV. Verfahrensvorschriften	62
V. Die Rechtsstellung des CC: Ist der CC ein Gericht?	64

1. Die Diskussion über die „Alternative“ zwischen Gericht und politischem Organ	64
2. Die Beurteilung des Gerichtscharakters nach den vom CE entwickelten Kriterien für ein Gericht	67
a) Eindeutige Qualifizierung durch den Verfassungsgeber?	67
b) Materielle Kriterien	68
c) Formelle Kriterien	69

3. Kapitel

Übersicht über die Verfahren der Normenkontrolle 71

I. Die Verfahren zur Kontrolle einfacher Gesetze: Erläuterung des Wortlauts und Entstehungsgeschichte	71
1. Das Verfahren nach Art. 41 II	71
2. Das Verfahren nach Art. 61 II	72
3. Das Verfahren nach Art. 37 II 2	73
II. Die Verfahren zur Kontrolle einfacher Gesetze: gemeinsame Charakteristika und Vergleich mit der Normenkontrolle durch den CE	76
1. Gemeinsame Charakteristika der Verfahren	76
a) Gesetze als Prüfungsgegenstand	76
b) Präventive Kontrolle	76
c) Die Abgrenzung der Bereiche von Gesetz und Verordnung als wichtigster Gegenstand der Verfahren	77
d) Fakultative Kontrolle	77
2. Zur Abgrenzung der Normenkontrollbefugnisse von CC und CE	77
a) Unterschiede der Verfahren vor CC und CE	77
b) Kritik der Zuständigkeitsabgrenzung	78
III. Die praktische Bedeutung der Verfahren zur Kontrolle einfacher Gesetze	80
1. Das Verfahren nach Art. 41 II	80
2. Das Verfahren nach Art. 61 II	82
3. Das Verfahren nach Art. 37 II 2	84
IV. Die übrigen Normenkontrollverfahren	85
1. Das Verfahren nach Art. 61 I	85
2. Das Verfahren nach Art. 54	85
a) Grund für die Einführung einer besonderen Normenkontrolle für internationale Verträge	85
b) Erläuterung des Wortlauts von Art. 54	86

4. Kapitel

Normen, die überprüft werden können	89
I. Im Referendum angenommene Gesetze als Prüfungsgegenstand im Rahmen des Art. 61 II?	89
1. Die CC-Entscheidung Nr. 62—20 DC	90
2. Beurteilung dieser Entscheidung	91
a) Das Wortlautargument	91
b) Das Argument aus Art. 60 und 11 der Verfassung	92
c) Das Argument aus Art. 17 und 23 loi org. CC	92
d) Der Hinweis darauf, daß ein im Referendum angenommenes Gesetz „unmittelbarer Ausdruck der souveraineté nationale“ ist	93
aa) Ausschluß einer Kontrolle aus staats-theoretischen Überlegungen?	93
bb) Ausschluß einer Kontrolle nach der geltenden Verfassung?	94
e) Bedeutung der Entscheidung	97
II. Verfassungsändernde Gesetze (nach Art. 89) als Prüfungsgegenstand im Rahmen des Art. 61 II?	97
1. Folgerungen aus der Entscheidung Nr. 62—20 DC für die vom Volk beschlossenen Verfassungsänderungen	98
2. Möglichkeit der Überprüfung von Verfassungsänderungen, die im Kongreß beschlossen werden?	99
3. Mögliche Bedeutung einer solchen Kontrolle	99
III. Nach Art. 92 erlassene Ordonnances als Prüfungsgegenstand im Rahmen des Art. 37 II 2?	100
1. Die Rechtsprechung des CC	100
2. Möglichkeiten der Begründung dieser Rechtsprechung	101
IV. Der Begriff des „nachkonstitutionellen Gesetzes“ i. S. des Art. 37 II 2	103

5. Kapitel

Normen, die Prüfungsmaßstab sein können	106
I. Die Präambel der Verfassung	106
1. Die Rechtsprechung des CC	107
a) Die Entscheidung Nr. 60—6 DC	107
b) Die Entscheidung Nr. 63—22 L	108
c) Die Entscheidung Nr. 70—39 DC	109
aa) Inhalt der Entscheidung	109
bb) Gesichtspunkte, unter denen der CC eine Verletzung der Präambel geprüft haben kann	110
d) Die Entscheidung Nr. 71—44 DC	111

aa) Der Gegenstand der Entscheidung	112
bb) Erläuterung der Bezugnahme auf die Präambel	113
2. Andere Stellungnahmen zum Rechtscharakter der Präambel ...	114
3. Auslegungsgesichtspunkte zum Verfassungsrang der Präambel..	115
a) Der Wortlaut	115
b) Die Stellung der Präambel	116
c) Die Entstehungsgeschichte	116
d) Der Vergleich mit der Verfassung von 1946	117
e) Das Argument aus dem Verfassungsgesetz vom 3. Juni 1958..	118
f) Der Inhalt der Präambel	118
g) Der Vergleich zwischen Präambel und übrigem Verfassungs- text	121
h) Zweckrationale Wertung	121
4. Der Umfang der Verweisung in der Präambel	122
II. Die principes généraux du droit	123
1. Der Inhalt der pgd	124
a) Ausprägungen des Gleichheitsgrundsatzes	124
b) Der Schutz der Freiheitssphäre des Bürgers	125
c) Die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung	126
2. Der Geltungsgrund der pgd	127
a) Geschriebene Rechtsquellen?	127
b) Gewohnheitsrecht?	127
c) Die Charakterisierung der pgd als Richterrecht	128
3. Der Rang der pgd	129
4. Die Entscheidungen des CC, in denen pgd angewandt worden sind	130
a) Die Entscheidung Nr. 69—55 L	131
b) Die Entscheidung Nr. 69—57 L	132
5. Schlußfolgerungen aus diesen Entscheidungen	133
a) Die Funktion der pgd bei der Normenkontrolle des CC	133
b) Kritik	134
aa) Zu den Konsequenzen der Rechtsprechung	134
bb) Zu der dogmatischen Grundlage der Rechtsprechung ...	135
III. Die lois organiques	136
1. Die Rechtsprechung des CC	136
2. Die Möglichkeiten der Verletzung von lois organiques durch den einfachen Gesetzgeber	137
3. Die Einbeziehung von lois organiques in den Prüfungsmaßstab bei den Verfahren nach Art. 37 II 2 und 41 II	137
4. Mögliche Begründungen für die Einbeziehung der lois organi- ques in den Prüfungsmaßstab bei dem Verfahren nach Art. 61 II	138
a) Die lois organiques als Bestandteil der „Verfassung“ i. S. des Art. 61 II?	138

b) Die Einbeziehung in den Prüfungsmaßstab wegen der Verweisung der Verfassung auf lois organiques?	139
c) Die Einbeziehung in den Prüfungsmaßstab wegen des höheren Ranges der lois organiques gegenüber einfachen Gesetzen?	139
aa) Vergleich mit der Interpretation des Begriffs „Verfassungsmäßigkeit“ in der BRD und in Italien	140
bb) Beantwortung der Frage nach der Sanktionsbedürftigkeit der lois organiques	142
IV. Die unter Art. 55 fallenden Vorschriften des internationalen Rechts	142
1. Die CC-Entscheidung Nr. 70—39 DC	143
2. Gründe für die mögliche Einbeziehung des nach Art. 55 höher-rangigen internationalen Rechts in die Verfassungsmäßigkeitsprüfung	144
a) Die zur Gesetzeskontrolle des CC vertretenen Ansichten	144
b) Die Auseinandersetzung zu der Frage, ob das Verbot der Verfassungsmäßigkeitsprüfung (für andere Gerichte) auch für die Prüfung der Vereinbarkeit mit internationalen Verträgen gilt	144
c) Gründe für die Sanktionierung von Art. 55 durch den CC ..	146
3. Probleme bei der Einbeziehung von europäischem Gemeinschaftsrecht in den Prüfungsmaßstab	147
a) Die Einbeziehung von sekundärem Gemeinschaftsrecht in den Prüfungsmaßstab	147
b) Die Anwendung der Gegenseitigkeitsklausel	148
V. Besondere Probleme des Prüfungsmaßstabs bei der obligatorischen Normenkontrolle nach Art. 61 I	148
1. Der Kontrollmaßstab für lois organiques, die gem. Art. 34 VII ergehen	148
a) Das Problem	149
b) Lösungsvorschläge, wonach Erweiterungen des Gesetzgebungskatalogs unbegrenzt zulässig oder ganz ausgeschlossen sind	150
c) Lösungen, die einen Mittelweg suchen	150
2. Die Einbeziehung von Gesetzen in den Prüfungsmaßstab für parlamentarische Geschäftsordnungen	151

6. Kapitel

Einzelfragen zur Prüfungsbefugnis des CC und zur Wirkung seiner Entscheidungen	154
I. Die Problematik des Prüfungsgegenstands im Verfahren nach Art. 37 II 2	154
1. Das Problem	154

2. Konsequenzen aus der Rechtsprechung des CC zur Grenzziehung zwischen Gesetz und Verordnung	155
a) Die Divergenz zwischen dieser Grenzziehung und derjenigen, die in Art. 37 II vorausgesetzt ist	155
b) Die daraus resultierenden Schwierigkeiten	156
II. Der Umfang der Prüfungsbefugnis im Verfahren nach Art. 61 II ..	158
1. Die Rechtsprechung des CC	159
2. Stellungnahme	160
III. Die Bedeutung und Wirkung der CC-Entscheidungen nach Art. 62 II	161
1. Das Verhältnis von Abs. I und Abs. II des Art. 62	161
2. Der Inhalt der Bindungswirkung nach Abs. II	162
3. Der Umfang der Bindungswirkung nach Abs. II	164

7. Kapitel

Zur bisherigen Rechtsprechung des CC	167
I. Die Methoden des CC	167
1. Die Form der Entscheidungen	167
2. Die „Obersätze“ der Entscheidungen	168
3. Die Verwendung von Auslegungsargumenten	169
4. Insbesondere: die verfassungskonforme Auslegung	171
a) Fälle verfassungskonformer Auslegung	171
b) Stellungnahme	174
II. Zu einzelnen Ergebnissen der Rechtsprechung des CC	175
1. Die Abgrenzung zwischen „règles“ und „principes fondamentaux“ i. S. des Art. 34	175
a) Überblick über die Rechtsprechung	176
b) Der Begriff „règles“	177
aa) Die Entwicklung der Rechtsprechung	177
bb) Beurteilung	178
c) Der Begriff „principes fondamentaux“	179
aa) Die erste Auslegung: principes fondamentaux als Regelungsgegenstand	179
bb) Die zweite Auslegung: principes fondamentaux als Rahmenbestimmungen	182
cc) Das Nebeneinander beider Auslegungen	183
2. Die Kompetenz des Gesetzgebers für den Erlaß von Strafbestimmungen	184
a) Die Auslegungsmöglichkeiten	184
b) Die ursprüngliche Auslegung des CC	186
c) Die Auseinandersetzung zwischen CC und CE	186

8. Kapitel

Die Beurteilung des CC und die Chancen für eine Erweiterung der Verfassungsgerichtsbarkeit	189
I. Die Beurteilung des CC	189
1. Das Bild des CC in der Öffentlichkeit; die bekanntesten Entscheidungen	189
2. Die Beurteilung der CC-Rechtsprechung durch die Juristen	191
3. Eigene Beurteilung	192
II. Chancen für eine Erweiterung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Frankreich	194
1. Der Wegfall der Gründe, die früher einer Verfassungsmäßigkeitskontrolle der Gesetze entgegenstanden	194
2. Die Forderungen nach einer Erweiterung der Verfassungsgerichtsbarkeit	194
3. Die Problematik des Prüfungsmaßstabs	196
Auszug aus der französischen Verfassung vom 4. Oktober 1958	197
Fundstellen der CC-Entscheidungen	200
Literaturverzeichnis	211

Abkürzungsverzeichnis

AFDI	Annuaire français du droit international (Jahr und Seite)
A.J.D.A.	Actualité juridique, Droit administratif (Jahr und Seite)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Band, Jahr und Seite)
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters (Jahr und Seite)
CC	Conseil Constitutionnel
CCC	Comité consultatif constitutionnel
CE	Conseil d'Etat
D.	Recueil Dalloz — chron. = chronique; — jur. = jurisprudence (Jahr, Abteilung und Seite)
EDCE	Etudes et documents du Conseil d'Etat (Jahr und Seite)
JCP	Juris-classeur périodique = La semaine juridique (Jahr und Nummer des Artikels)
JO	Journal officiel — ohne nähere Angabe = Ausgabe Lois et Décrets — Débats A. N. = Ausgabe Débats Assemblée Nationale
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts (Band, Jahr und Seite)
KSE	Kölner Schriften zum Europarecht (Band und Seite)
loi org. CC	Ordonnance n° 58—1067 du 7. novembre 1958 portant loi organique sur le Conseil constitutionnel
NED	Notes et Etudes documentaires
pgd	principes généraux du droit
PVS	Politische Vierteljahresschrift (Jahr und Seite)
RDP	Revue du droit publique et de la science politique en France et à l'Etranger (Jahr und Seite)
Rec.	Recueil des décisions du Conseil constitutionnel

Rec. Lebon	Recueil des arrêts du Conseil d'Etat
Rev. adm.	Revue administrative (Jahr und Seite)
Rev. trim. dr. civ.	Revue trimestrielle de droit civil (Jahr und Seite)
Rev. trim. dr. eur.	Revue trimestrielle de droit européen (Jahr und Seite)
RFSP	Revue française de la science politique (Jahr und Seite)
RPII	Revue politique des idées et des institutions (Jahr und Seite)
RPP	Revue politique et parlementaire (Jahr, Monat und Seite)
S.	Recueil Sirey — chron. = chronique — jur. = jurisprudence (Jahr, Abteilung und Seite)
ZaöVR	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Jahr und Seite)

Artikel ohne nähere Angaben sind solche der französischen Verfassung. Die Entscheidungen des Conseil Constitutionnel werden mit ihren Nummern nach der amtlichen Sammlung zitiert.

Dabei bedeutet:

DC	Déclaration de conformité à la Constitution (Verfahren nach Art. 54 und 61 der Verfassung)
FNR	Examen des fins de non-recevoir (Verfahren nach Art. 41 II)
L	Examen de texte de forme législative (Verfahren nach Art. 37 II 2)

Einleitung

Der 1958 geschaffene französische Conseil Constitutionnel (CC) blieb weit davon entfernt, eine ähnliche Berühmtheit zu erlangen wie das deutsche Bundesverfassungsgericht oder die italienische Corte costituzionale. Während nahezu jedermann in Frankreich den traditionsreichen Conseil d'Etat kennt, ist der CC weitgehend unbekannt geblieben. In Deutschland wissen nur verhältnismäßig wenige Spezialisten von seiner Existenz.

In der Tat kann man den CC nicht mit den nationalen Verfassungsgerichtshöfen in Deutschland und Italien vergleichen; seine Befugnisse sind ungleich geringer. Gleichwohl kommt ihm eine erhebliche Bedeutung zu. Diese ergibt sich einmal daraus, daß der Grundsatz von der Unüberprüfbarkeit der Gesetze, ein jahrhundertealtes Prinzip des französischen Verfassungsrechts, aufgegeben worden ist. Erstmals ist eine wirksame Verfassungsmäßigkeitskontrolle eingeführt worden; es ist eine Institution geschaffen, deren Kompetenzen zu einem vollständigeren System der Verfassungskontrolle ausgebaut werden können. Was die bisherigen Kompetenzen anbetrifft, so sind diese vor allem in engem Zusammenhang mit der 1958 eingeführten Grenzziehung zwischen den Bereichen von Gesetz und Verordnung zu sehen. Die Schaffung des CC dient in erster Linie zur Absicherung dieser Grenzziehung. Die Konkretisierung der Normen, die die Kompetenzen des Parlaments bestimmen, hängt — außer vom Conseil d'Etat — entscheidend von der Rechtsprechung des CC ab. Von erheblicher Bedeutung ist daneben die obligatorische CC-Kontrolle bestimmter Normgruppen, nämlich der Geschäftsordnungen von Nationalversammlung und Senat und der lois organiques. Die Entwicklung des Parlamentsrechts und wichtiger Bereiche des materiellen Verfassungsrechts kann dadurch vom CC gesteuert werden.

Eine Untersuchung über die Normenkontrolle des CC nach mehr als zehnjähriger Rechtsprechung dieses Organs kann in erheblichem Umfang praktische Erfahrungen, das Selbstverständnis des CC und die Ergebnisse seiner Rechtsprechung berücksichtigen. Sie kann in zahlreichen Fällen ermitteln, welche Veränderungen sich durch die Verfassung von 1958 im Verhältnis der verschiedenen Normengruppen zueinander ergeben haben. So stellt sich neben dem zentralen Problem der neuen

Abgrenzung von Gesetz und Verordnung die Frage nach dem Rang der 1958 neu definierten lois organiques im Vergleich zu den einfachen Gesetzen und nach den Unterschieden zwischen parlamentarischen Gesetzen und den im Referendum angenommenen. Die Frage nach dem Rang der Präambel gewinnt neue Bedeutung, diejenige nach der Funktion der principes généraux du droit stellt sich angesichts der neuen Abgrenzung von Gesetz und Verordnung in veränderter Form.

Diese Andeutungen zeigen bereits, daß eine Untersuchung über Funktion und Ergebnisse der Rechtsprechung des CC zentrale Fragen der französischen Verfassungsrechtsentwicklung zu behandeln hat. Sie scheint aus der Sicht eines mit Frankreich besonders eng verbundenen Nachbarlandes um so eher gerechtfertigt, als in Frankreich selbst noch keine Monographie über den CC erschienen ist¹ und zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit seinen Aufgaben noch nicht diskutiert worden sind. Die Untersuchung war allerdings zweckmäßigerweise auf die Normenkontrollfunktion des CC zu begrenzen, weil die anderen Kompetenzen des Verfassungsrats sehr heterogen und weniger bedeutsam sind; auch wäre es dafür nicht notwendig, eine Darstellung im Lichte der bisherigen Rechtsprechung zu geben.

Im übrigen beschränkt sich die vorliegende Arbeit auf das geltende Recht. Zu den Gründen für das Verbot der Verfassungsmäßigkeitsprüfung und den Versuchen zu seiner Überwindung gibt es — auch in der deutschen Literatur — verschiedene Darstellungen²; der Verfasser hat sie deswegen nur ganz kurz skizziert.

Nach einer Darstellung derjenigen Neuerungen in der Verfassung von 1958, die die Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit notwendig machten, wird zunächst die Institution geschildert, der die Normenkontrollbefugnisse übertragen sind. Den Hauptteil der Arbeit bildet eine Untersuchung der Normenkontrollverfahren. Nach einem Überblick über die einzelnen Verfahren und ihre praktische Bedeutung wird untersucht, welche Normen vom CC überprüft werden können und welche Prüfungsmaßstab sein können. Ein weiteres Kapitel ist Einzelfragen der Prüfungsbefugnis des CC und der Wirkung seiner Entscheidungen gewidmet.

¹ Allerdings wurde 1967 ein sehr ausführlicher Aufsatz von Favoreu über die Normenkontrollfunktion des Conseil Constitutionnel veröffentlicht (*Le Conseil Constitutionnel régulateur de l'activité normative des pouvoirs publics*, RDP 1967, 5—120).

² Vgl. *Wilhelm Buerstedde*: Die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit der Gesetze in Frankreich, Diss. Göttingen 1955; *Collofong*, Elemente einer Verfassungsgerichtsbarkeit in Frankreich — Von Sieyès bis zum Verfassungsrat der V. Republik —, Diss. Mainz 1964.

Nach einer kurzen Darstellung der Methoden des CC und besonders wichtiger Einzelergebnisse der Rechtsprechung zur Abgrenzung von Gesetz und Verordnung wird die bisherige Beurteilung des CC geschildert und die Frage nach den Chancen für eine Weiterentwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Frankreich gestellt.